

Alle reden von Revolution, aber was findet tatsächlich statt? - Die Vergangenheit hat wieder Zukunft

- SPRUCH DER WOCHE -

# Der Drang nach Osten oder: Wen die Banane krumm macht

Von PETER SCHERER, Frankfurt/Main

Als ein „Forum für die politisch-theoretische Debatte der Linken“ versteht sich die im Hamburger VSA-Verlag erscheinende neue marxistische Zeitschrift „Sozialismus“. Erschienen sind bisher drei Hefte. Das jüngste enthält u. a. Gedanken von Peter Ruben (DDR) zum Ende des „rohen“ Kommunismus und die Perspektiven eines modernen Sozialismus sowie einen Beitrag von Peter Scherer „Banane nach Osten“.

Die Vergangenheit ist dabei, uns einzuholen. Herr Christians von der Deutschen Bank verhandelt unlängst über eine Sonderwirtschaftszone Königsberg, in der vorzugsweise Volksdeutsche beschäftigt werden sollen. Die sowjetische Regierung nannte die Idee lediglich „verrückt“. Odesa, Leningrad - so geht die Wunschliste weiter.

Die alte Ostpolitik der unbedingten Blockade ist tot, die „neue Ostpolitik“ der Anerkennung und Aussöhnung ist es auch, die ganz alte Ostpolitik der ökonomischen Durchdringung und politischen Beherrschung ist nun wieder aktuell.

Die meisten waren 1988 nicht in der Stimmung, sich an die Novemberrevolution zu erinnern, und doch begann die Geschichte unserer Zeit damit, daß 1917 bis 1919 Lichtungen in das Gedröpp der imperialistischen Welt geschlagen wurden: in Rußland 1917, in Deutschland und Ungarn 1919... Die russische Räterepublik hat sich nicht nur gegen die Contras im eigenen Land, sondern auch gegen drei Interventionsfeldzüge erfolgreich verteidigt.

gewesen, aber glücklicher, weil freier. Die Armut ist dem größten Teil Osteuropas ohne Sozialismus noch sicherer als mit ihm. Auch die Freiheit wird sich einstellen, am ehesten wohl jene, die Pinochet gemeint haben könnte: die Freiheit der chilenischen Landarbeiter im Zeichen der „Grünen Revolution“, die Freiheit der Preisbildung auf den Polennmärkten. Ein schmaler Streifen entlang der geschleiften Grenze wird sich der westeuropäische Metropole annähern können. Westlich der Linie Berlin-Prag-Budapest wird es sich lohnen, die Solidarität, gleich welcher Art, feierlich abgeschworen zu haben. Östlich davon wird die Frage darin bestehen, wie man bei türkischen Löhnen schwedische Leistungen herausholen kann. Die Ukrainer werden die Volksdeutschen beneiden, die Volksdeutschen die Türken hasen. Die Mehrheit der Bundesrepublikaner empfinden es schon jetzt als bare Zumutung, wenn die Türken eine Moschee bauen wollen. Toleranz hat ihre Grenzen, und irgendwo beginnt der alltägliche Faschismus...

Alle reden von Revolution, aber findet sie denn auch wirklich statt? Die deutschen Kaufleute, die sich im 18. Jahrhundert in Petersburg niederließen, taten dies ebenso ausschließlich in ihrem eigenen Interesse, wie das heute die Herren vom Ostaus-

schlagen haben, wo doch überall die Freiheit aufblüht. Sie müssen es, auch der Bananen wegen. Die Banane ist das Symbol, der Imperialismus ist die Tatsache, die Neger - welcher Hautfarbe auch immer - sind die Opfer...

Es ist etwas Eigenartiges mit dem Begriffen „Geschichte“ und „Revolution“. Man verdrängt Geschichte, man fürchtet die Revolution wie der Teufel das Weihwasser, aber in Momenten höchster Erregung fällt den Verteidigern von Recht und Ordnung nichts Besseres ein, als die Ergebnisse ihrer Politik „historisch“ und „revolutionär“ zu nennen. Das war 1919 so, als man die Freikorps gegen die Arbeiter losließ, angeblich um die Errungenschaften der Revolution zu verteidigen. Das war so, als 1933 die Arbeiterbewegung zerschlagen werden sollte, und selbst die ADGB-Führung in ihrer Verbildung meinte, ihre Kapitulation vor Hitler mit dem Satz einleiten zu müssen: „Die nationale Revolution hat einen neuen Staat geschaffen...“

Die Nazis haben sehr bald ihre „revolutionäre“ Maske fallen lassen, und nach ihrem Ende, nach 1945, gab es noch einmal die Hoffnung, den Teufelskreis aus Krise, Unterdrückung und Krieg zu durchbrechen. 72 Prozent sprachen sich 1946 in Hessen für die Sozialisierung der Großindustrie aus, nicht weniger als in Sachsen für die Enteignung der Kriegswirtschaft. Die USA haben die Enteignung in ihrer Besatzungszone schlicht verboten.

Warum denn haben sich Arbeiterbewegung und Sozialismus so eng miteinander verbunden? Warum begann die Arbeiterbewegung 1917, etwas anderes zu versuchen als den Kapitalismus? Der Historiker Eric Hobsbawm antwortet: „Weil nämlich die Frage, wie die Menschen gemeinschaftlich zusammenleben sollen, nicht durch den Kapitalismus beantwortet, sondern im Gegenteil gestellt wird. Weil die Probleme des Überlebens der Menschheit, ja selbst unseres Globus, durch die Dynamik der Akkumulation nicht gelöst, sondern aufgeworfen werden. Weil die Alternative zum Sozialismus noch immer nicht eine schöne, wohnige, liberale Gesellschaft ist, sondern, wie wir im späten 20. Jahrhundert immer wieder feststellen müssen, die Barbarei.“

Wo die Forderung nach „internationaler Solidarität“ nur noch belächelt wird, wächst der nationale Egoismus. Und weil die Nation den Konzernen schon zu eng ist, zählen nur noch Kontinente und Rassen. Der Klassenkampf ist abgesetzt, der Rassismus hält Einzug. Der alte Faschismus entsteht aus ihrem Verfall.

„Volksgemeinschaft und Zusammenschluß stehen höher als die Klassengegensätze. Wir brauchen das gemeinsame Haus und gemeinsame Dach zur Einrichtung unserer Wirtschaft und unseres Lebens.“ Das klingt doch alles sehr bekannt, sehr friedlich - wenn nicht das Wörtchen „Volksgemeinschaft“ wäre. Aber auch das haben die Nazis nicht selbst erfunden. Das Zitat stammt vom 10. Oktober 1914. Wir wissen heute, daß dieses gemeinsame Haus der Jahre 1914 bis 1918 ein Lazarett, ein Zuchtstall und ein Massengrab war. Wir wissen, daß der erste der Weltkriege ganz ohne Ost-West-Gegensatz zustandekam, daß er aber begleitet war von einem Wust sozialer Phrasen und unwürdigen von sehr viel Wehrauch. Es ist an der Zeit darüber nachzudenken, ob es einen Sinn hat, den Frieden nur zu wollen und gleichzeitig die Herrschaft der Konzerne als letztes Wort der Geschichte hinzunehmen.

Oder ist der Friede letztlich gar nicht das Thema, sondern die Teilhabe an der Beute? In einer mit „offiziell“ Segen „jüngst“ publizierten Stalin-Biographie des russischen Schriftstellers Dimitri Wolkogonow steht ein bemerkenswertes Bekenntnis des Autors zum Privateigentum: „An dieser Stelle sei darauf verwiesen, daß es nicht angebracht wäre, die sozialistischen Ideale als Synonyme für Armut und die Ablehnung von Reichtum zu verstehen. Der Marxismus tritt lediglich gegen den Reichtum auf, der durch Ausbeutung fremder Arbeitskraft zustande kommt.“ Wir dürfen getrost sein. Die Revolutionäre von 1989 werden uns auch noch dieses Rätsel auflösen: wie man durch eigene Hände Arbeit reich wird.

1) Manfred Schell in „Die Welt“ v. 22./23. 7. 1989  
2) Michael Howard in „Die Weltwoche“ v. 10. 8. 1989  
3) Peter Scherer: Freie Hand im Osten: Ursprünge und Perspektiven des zweiten Weltkrieges, Köschling (3 k-Verlag) 1989, S. 56  
4) ebd.  
5) Sinn und Zweck der Geschichte der Arbeiterbewegung, Linz, 1989, S. 14  
6) „Volkstimme“, Frankfurt/Main (Tageszeitung der SPD)  
7) Dimitri Wolkogonow, Stalin: Triumph und Tragödie, Düsseldorf 1989

## Eine Antwort an Hans Schwenke

### Ist die Linke politikfähig?

Von Dr. REINFRIED MUSCH, Vereinigte Linke

Die Linke ist - vor allem in ihrer jüngsten Geschichte - mit ihrem Denken und Handeln der Entwicklung hinterhergelaufen. Ob es das Verhältnis zur Nation, zur deutschen Einheit oder zur Währungsunion war - unsere Vorstellungen wurden abgelehnt.

Die Entwicklung der Wirtschaftsreform in allen Ländern des administrativen „Sozialismus“ ist übrigens ohne ökonomischen Zwang ebenfalls stekengeblieben. JETZT wirkt die DM immer stärker als Parallelwährung. Banken, Industrie- und Handelskonzerne haben DDR-flächendeckend ihre Partner gefunden. Die Umtauschrelationen bestimmen die Diskussion!

Das ist der Hintergrund einer öffentlichen Diskussion - hier mit Hans Schwenke von der Vereinigten Linken (s. ND-Forum vom 14./15. April 1990). Orientieren wir uns weiter an Ideologien oder entwickeln wir Handlungsalternativen aus der Anerkennung und Untersuchung der Realitäten heraus?

Und JETZT ist eben entscheidend, ob die DM zu einem Stichtag, auf einen Schlag, eingeführt wird, ohne Anpassungszeit für die Industrie oder stufenweise! Das ist politisch entscheidend, weil auf einen Schlag Betriebe sich nicht umstellen können, sondern massenhaft unter dem Konkurrenzdruck zerstört werden. Ein anderes Modell ist denkbar, wenn wir zu denken bereit sind:

1. Streitpunkt: „SOGAR einige Linke diskutieren über die Modalitäten der Einführung der DM in der DDR.“ Die Modalitäten der Einführung der DM sind Gesetzesvorschlüsse (wie die sogenannten Leitzetze des Übergangs). Reformmaßnahmenpakete (wie Maßnahmen zur Steuergesetzgebung, Sozialversicherung), die Berechnung und Diskussion der Umtauschsätze für die einzelnen Geldarten u. a. m. Ebendiese Modalitäten bestimmen ganz direkt die Lebensbedingungen und -chancen von Millionen Menschen in unserem Land! Natürlich muß die Linke diese Modalitäten sachkundig diskutieren, wenn sie Politik für Menschen machen will. Es ist schon ganz entscheidend, ob diese Modalitäten beeinflusst werden können - zeitlich und inhaltlich oder ob das Kapital sie allein bestimmt. Wer schon im Übergang zum Kapitalismus linke Politik ablehnt, wird im Kapitalismus auch nur „ablehnende“ Politik machen können!

2. Streitpunkt: „Wenn... der Kapitalismus Einzug hält, dann wollen wir doch wenigstens sagen, wie das möglichst SCHMERZLOS zu bewerkstelligen ist.“ Die „Schmerzen“ einer DM-Einführung zum Stichtag wurden von der VL sehr früh und sehr drastisch beschrieben. Diese Warnung hat sich eher bestätigt, als daß sie widerlegt wurde. Eine Politik, die erst warnt und dann die „Schmerzen“ geringschätzt, wird unglaubwürdig. Es muß so der Eindruck entstehen, als ginge es bei linker Politik um irgendwelche ideologischen Grundsätze und nicht die konkreten Lebensgrundlagen von Millionen Menschen!

3. Streitpunkt: „Ob nun die DM stufenweise oder auf einen Schlag eingeführt wird, tut wenig zur Sache.“ Die VL hat bereits die Modrow-Regierung früh und hart dafür kritisiert, daß nicht mit der Wirtschaftsreform begonnen, sondern spätestens ab Januar 1990 aus der Defensive heraus die Bedingungen der Übergabe geschaffen wurden. Der Motor der Wirtschaftsreform wäre dann ein politischer gewesen. Diese Chance ist

4. Streitpunkt: „Man kann den Umlauf einer Sorte Geldes nicht auf einen Teilbereich der Geldzirkulation beschränken.“ Die Lohnregelung werden über Bankkonten geführt. DM-Beträge, die zuerst aus einer „Anschubfinanzierung“ der Bundesbank kommen, können insgesamt oder auch teilweise abhängig oder auch unabhängig von den erzielten Erlösen der Betriebe ausgezahlt werden. Auch die Handelseinrichtungen können getrennt kassieren und müssen die DM-Beträge wieder für den Warenverkauf einsetzen. Auch hier können die Banken die Rechnung führen. Bisher haben die Verwaltungen immer Regelungen gefunden - hier wäre es eine im Interesse der Produzenten.

Es wäre ausführlicher und über mehr zu streiten. Fehlende Sachkunde, Geringschätzung wissenschaftlicher Überlegungen, Ersatz von Theorie, Phantasie und Untersuchung durch Ideologie und immer wieder Mißtrauen gegenüber gesundem Menschenverstand blockieren produktiven Streit und diskreditieren linke Politik.

## Alibi der SPD seit hundert Jahren

### Weg der „kleinen Schritte“

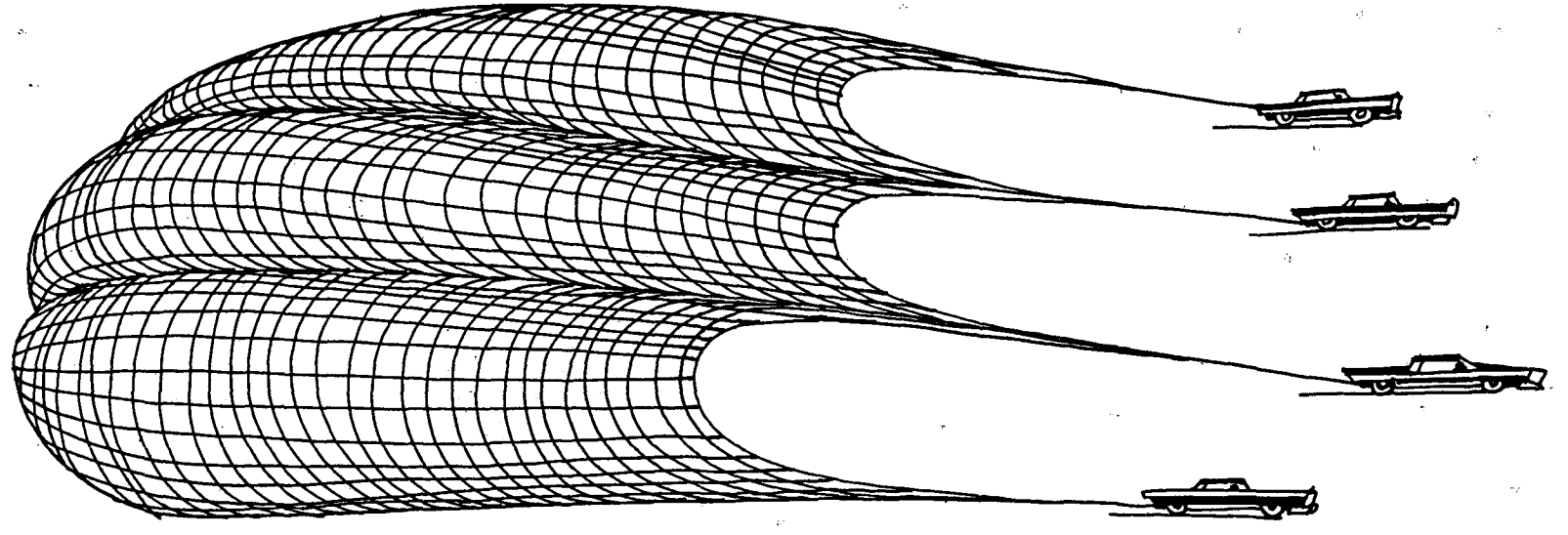
Von JOSEF STEFFENS, Niederlande

Trotz Sympathie für Ursprung und Basisempfinden der Sozialdemokratie beobachte ich nicht erst heute, daß für einzelne, sobald sie von unterschiedlichen Kräften an die Spitze gehievt wurden, die Versuchung eines Ministeressels stärker wird als konsequente Solidarität mit dem verboltesten Teil einer engagierten Basis. Alibi seit hundert Jahren: ein Weg der „kleinen Schritte“, welche jedoch - dies sei zu bedenken - auch den Kapitalismus mit seinen heutigen Auswüchsen stabilisiert haben!

Das Argument eines „nationalen Notstandes“ für eine große Koalition ist Augenauswischerei, denn auch aus der parlamentarischen Opposition heraus kann die DDR-SPD je nach Akzeptanz von Gesetzesvorlagen, dem einen oder anderen Gesetz zustimmen oder es ablehnen oder eigene Gesetzesvorlagen einbringen. Wesentlich aber ist, daß aus der Opposition heraus die Konturen der eigenen Partei konkreter und freier ausgebaut und erhalten werden können.

Jeder Verantwortliche kennt den humanen Ursprung der Arbeiterbewegung vor etwa hundertfünfzig Jahren sowie die unbestreitbaren Errungenschaften unserer Verfahren für die arbeitenden Menschen. Das Ziel ist noch nicht erreicht - der Rückwärtsgang scheint eingeschaltet! Auch weil jeder Verantwortliche, daß die Euphorie des westlichen Wohlstandskapitalismus nur auf wenige „Frontstaaten“, und auch dort längst nicht für alle, beschränkt bleiben wird. Und daß Kapitalismus zunehmend weltweiter, rücksichtsloser Konkurrenz „mit daraus resultierender massloser, nutzloser Überproduktion, Umweltzerstörung und erschreckender Güterverteilung zwischen arm und reich ausgesetzt wird. Und daß nach menschlichem Ermessen der sogenannte „planlose“, für Ellenbogenmenschen freie Kapitalismus keine Chance für fünf Milliarden Menschen unseres Planeten haben kann. Dies verkraftet unser Planet ökologisch nicht!

Zum Konkreten: Ich bin der Meinung, daß die DDR-SPD durch den Weg ist, durch eine große Koalition ihre Konturen zu verweisen (oder erst gar nicht zu gewinnen) und zu einer Art „Einheitspartei“ mit den DDR-Koalitionspartnern zu werden. Eine der Absichten dürfte sein, die - trotz der pauschalen Hetzkampagne - aus den Volkskammerwahlen als drittstärkste Partei bestätigte „Partei des Demokratischen Sozialismus“ (PDS) weiterhin gemeinsam zu unterstützen. Diese Methode wäre dann die „neue Demokratie“ in der DDR, und ich würde bedauern, wenn, wie im System westlichen Musters, die unterprivilegierten Menschen der DDR die Folgen zu spät erkennen. Wir haben 40 Jahre Erfahrung mit der Lüge „Wohlstand für alle“ und wissen, was für etwa ein Drittel der westlichen Bevölkerung das Wort bedeutet: „Die im Dunkeln sieht man nicht!“



„Vom Atlantik bis zum Ural...“

Karikatur: Harald Kretzschmar

les Blatt wie die in Zürich erscheinende „Weltwoche“ läßt laut über die neue Möglichkeit nachdenken, die sich nun bietet: „Durchdringung von Ländern, die nach deutschem Kapital und deutscher Technologie hungern, in Richtung Osten, eine Richtung, die viele Deutsche in den letzten hundert Jahren als natürlich für ihre Expansion angesehen haben. Wenn der Eisener Vorhang schmilzt, wird auch in der deutschen Geschichte ein neues Kapitel beginnen.“

Das ist es, was ihr die imperialistischen Mächte nicht verzeihen können, denn es gibt nur zwei Voraussetzungen, unter denen ein Revolutionär bürgerliches Mitgefühl erwarten kann: Entweder er ist tot oder er gibt auf. Daß Sowjetrußland nicht nur die Deutschen, polnischen, britischen, amerikanischen, französischen und japanischen Interventionen piedergerworfen, sondern auch den Angriff Hitlerdeutschlands abgewehrt hat, ohne zu verbluten, das war nicht vorgesehen...

schuß der deutschen Wirtschaft. Der Westen hat auch zweifellos gute Gründe, seine politische Intervention durch wirtschaftliche Investition weiterzutreiben. Denn noch immer gilt die Einsicht des Reichsverbandes der deutschen Industrie aus dem Jahre 1928: „Wer das Kapital hat, kann sich mit seiner Hilfe in viel höherem Maße als mit militärischer Macht ein Land erschließen.“ Hitler bekam 1931 aus Kreisen der Industrie den Rat: „Die Ausweitung des deutschen Raumes nach dem Osten und Südosten Europas erscheint mir derzeit nicht durch Verschiebung der Ostgrenze möglich, aber durch deren Auflösung.“ Vergangenheit hat wieder Zukunft.

Einer der prominentesten Reformer sagte damals: „Es kann also... der Weg nur dahin gehen, wieder zu freien marktwirtschaftlichen Formen zurückzufinden... und an die Stelle dieses Zwanges wieder die Verantwortung... die Leistung und den Leistungswillen“ zu setzen. So gesehen, ist der Markt nicht eine diabolische Einrichtung, um etwa ganz bestimmte Schichten unseres Volkes oder Klassen zu unterdrücken, sondern ich glaube... daß der Markt die einzige wohltätige Einrichtung ist, um eine gerechte... Verteilung zu schaffen...“ Das sagte Ludwig Erhard am 17. Juni 1948 in einer Sitzung des Wirtschaftsrates der vereinigten Wirtschaftsgebiete, einen Tag vor der Währungsreform.

Solche Artigkeiten läßt man sich gerne sagen, zumal wenn es ein Oxford-Professor tut. Es ist ja richtig: „Viele Deutsche in den letzten hundert Jahren“ fanden die Expansion nach Osten „natürlich“. Und niemand wird bestreiten, daß zu diesen „Deutschen“ auch ein sehr bekannter Österreicher gehörte, der 1939 „Deutsche“ dazu brachte, „Polen“ zu überfallen...

Wir sind allerdings auch die Zeugen einer beispiellosen Verwirrung in den Köpfen so vieler Menschen, die glauben, man müsse nur in das Europa vor 1917 zurückkehren, und alles sei gut: Mit dem Ost-West-Gegensatz schwinde die Kriegsgefahr, mit dem Kommunismus der Antikommunismus, mit dem freien Markt die Mängel der Planwirtschaft.

Nach 40 Jahren einer relativ stabilen Nachkriegsordnung zwischen 1945 und 1985 ist das „große Spiel“ in Ostmitteleuropa wieder eröffnet. Die Grenzrevision ist ökonomisch gesehen in vollem Gange. Eine verbreitete Illusion besteht in der Erwartung, daß die Entscheidungsmechanismen für kapitalistische Mechanismen auch schon „westlichen Wohlstand“ bedeute. Aber selbst in Westeuropa gibt es ein entschiedenes Gefälle, nicht nur von Norden nach Süden, sondern im Sinne einer konzentrischen Differenzierung nach allen Richtungen. Es ist nicht nur denkbar, sondern wahrscheinlich, daß innerhalb kurzer Zeit eine etwa 500 km tiefe Zone in der Linie Berlin-Prag-Wien-Budapest-Ljubljana/Zagreb in die westeuropäische Struktur integriert werden kann. Das bedeutet aber nur, daß der durch militärischen Zwang aufrechterhaltene „Eisener Vorhang“ durch eine ökonomi-

Wie wir heute wissen, sind mit dieser sogenannten Währungsreform, mit dem Währungs-, Emissions- und Umstellungsgesetz, alle Hoffnungen begraben worden, einen Weg aus der tödlichen Zwangsläufigkeit des Kapitalismus zu finden. Manche glaubten damals noch, einen „dritten Weg“ finden zu können. Wir wissen heute, daß es diesen Weg nicht gibt und nicht geben kann. Es gibt keine Revolution, die von der Börse mit Jubel begrüßt würde.

Die Bilder sind noch in frischer Erinnerung: Noch Einreisenden aus der DDR werden Bananen zu geworfen und unter die Scheibenwischer geklemmt. Die Wohlthäter (West) und die Beschenkten (Ost) wissen sehr gut, wen die Banane krumm macht. Es ist auch keine Gedankenlosigkeit, wie Herr Augustin meint, daß die USA ausgerechnet jetzt in Panama zuge-

Wollen wir uns wirklich auf diese Sprache einlassen, die zu nichts sagt, die aber den, der sich lang genug ihrer bedient, zu allem fähig macht? Wollen wir darauf beharren, das „neue Denken“ an die Stelle des Denkens überhaupt zu setzen? Glauben wir denn, Kriege dadurch verhindern zu können, daß wir die Mächtschaften ihrer Nutznießer zunehmend als gewöhnliches Geschäft ansehen?

Das Lernen aus der Geschichte wird zunehmend lästig, denn es zwingt, einige Fragen zu beantworten: Sind nicht die Revolutionen der Jahre 1917 und 1918 aus dem Elend eines imperialistischen Weltkrieges entstanden? Waren Verfolgung, Pogrome und Völkermord nicht Begleiterscheinungen des Kapitalismus von Anfang an? Erwuchs die Sehnsucht der Arbeiterbewegung nach der Planbarkeit wirtschaftlicher Prozesse nicht aus einer endlosen Kette von Krisen?

Manche, die seit Jahren gegen die Aufrüstung demonstrieren, sind heute erstaunt, daß alles „neue Denken“ in der Sowjetunion die USA nicht davon abbringen kann, weiterzurüsten und weiter zu intervenieren. Andere,

Das scheint alles vergessen. Geht diese Perspektive nun endgültig verloren?

Pinochet soll kürzlich über Kuba gesagt haben, die Menschen dort seien früher ärmer als heute

## Offener Brief aus Bad Rappenau an die Bürger der DDR

### Noch könntet ihr versuchen, das Schlimmste abzuwenden

Liebe zukünftige Mitbürger!

Das kann ein kritischer Bundesbürger nicht nachvollziehen: Ihr befreit Euch von der Macht einer einzigen politischen Partei, um Euch der gigantischen Macht des Kapitals freiwillig zu unterwerfen - Ihr sagt, sozialistische Parteifunktionen hätten Euch 40 Jahre belogen, und jetzt folgt Ihr den Latrinenparolen kapitalistischer Parteifunktionen mit einer kaum zu übertreffenden Leichtgläubigkeit. - Ihr ruft „Freiheit“ - „Einheit“ - „Demokratie“, aber Ihr wählt die „Rechtsordnung“ des westdeutschen Privilegierten-Staates. Ihr zerstört die eigene bisherige Solidargemeinschaft und weigert Euch, Demokratie mit jenen zu praktizieren, die erhalten wollen, was Ihr in 40 Jahren harter Arbeit geschaffen habt.

ebenso. Aber muß sich denn immerzu alles wiederholen? „Währungsunion“ - „Wirtschaftsunion“ - „Sozialunion“, die westdeutschen Spitzenformeln so schnell wie möglich? Dann habt Ihr statt 1200 Mark Ost 1200 Mark West in der Lohn- und steht vor allen Schaulustigern mit allem, was Ihr für D-Mark kaufen, aber nicht bezahlen könnt. Dazu bekommt Ihr gratis ein paar leere Hülsen, die „soziale Marktwirtschaft“, das „soziale Netz“ und die „soziale Gerechtigkeit“, die meisten Eurer Betriebe werden zum Schrottwort verkohrt, und mit Euren Verkehrsmitteln, Wohnungen, Lebensmitteln, der Versorgung mit Wasser, elektrischem Strom, Heizung und im Gesundheitswesen machen andere Profit.

Mark West für 1200 Mark Ost? Christlich-demokratische Politiker sagen vor der Wahl immer etwas anderes als nach der Wahl. Ein westdeutscher Spitzen-Kabarettist sagte vor ein paar Wochen: Der Wähler legitimiert den Politiker, nach der Wahl gegen ihn tätig zu werden.

Eure neugewählten Politiker, die christlichen, sozialen und liberalen, sie werden sich ein wenig zieren und wenden. Das Ergebnis wird ein fauler Kompromiß sein. Ihr seid - mit ein paar Ausnahmen - über Nacht arme Leute. Die neuen Machthaber werden Euch einreden, daß sie alles zu Eurem Besten geregelt haben. Auf das Wunder braucht Ihr nur noch zu warten. Das ist die freiheitliche demokratische Grundordnung, wie wir sie kennen in der BRD.

Wo Geld zum Maßstab aller Dinge wird, bleibt Menschlichkeit auf der Strecke. Bundesbürger erfahren das täglich. Auch sie wurden 40 Jahre lang getäuscht, mit Halb- und Unwahrheiten, mit Wahlversprechungen und begrenztem Wohlstand. Der Tanz um das Goldene Kalb ist biblische Geschichte, was danach kam,

Aus Worthülsen aber kann kein bundesdeutscher Trick-Künstler hervorzaubern, was Ihr nicht schon längst besitzt. Im Gegenteil: Die großen Zauberer werden Eure soziale Volkswirtschaft, Eure soziale Sicherheit, Eure soziale Gerechtigkeit hinter bunten Lappen verschwinden lassen, damit nicht Bundesbürger auf den Gedanken kommen, so etwas auch haben zu wollen. Ihr wollt die D-Mark. 1200

Welcher Partei ich angehöre? Keiner. Darum weiß ich, wovon ich spreche. Noch könnt Ihr korrigieren, was Ihr bei den Volkskammerwahlen falsch gemacht habt. Es ist immer noch ein Versuch wert, das Schlimmste abzuwenden - auch, wenn Ihr wieder auf die Straße müßt. Was man Euch nimmt, um Euch die D-Mark zu geben, ist ein viel zu hoher Preis.

Niemand sagt, was „soziale Marktwirtschaft“ tatsächlich ist. Eine Wirtschaft ohne Markt gibt es nicht, weil eine Deckung des menschlichen Bedarfs an Konsumgütern und Dienstleistungen nur über den Markt möglich ist. Es gibt auch keine Wirtschaft ohne Plan, weil die Orientierung am Markt jede Wirtschaft zwingt, Marktkenntnisse über sorgfältige Planung in eine bedarfsgerechte Produktion umzusetzen. Marktwirtschaft und Planwirtschaft sind nicht unbedingt Gegensätze, sondern Teile eines Ganzen, der Volkswirtschaft.

Eine Volkswirtschaft, die Chancengleichheit verwirklicht, Volkseigentum fördert, das Gesundheits- und Bildungswesen, die Wohnungsmieten, Lebensmittel, Verkehrsmittel, Kinderkleidung subventioniert und mit Mindesteinkommen soziale Sicherheit gewährleistet, ist eine soziale Volkswirtschaft.

Zur bundesdeutschen Marktwirtschaft gehören der „Arbeitsmarkt“, der „Wohnungsmarkt“, der „Kapitalmarkt“. Die Wort-hülse „soziale Marktwirtschaft“ soll nichts anderes sein, als der seit eh und je praktizierten „freien“, skrupellosen, machtorientierten, monopolistischen,

kapitalistischen Profitwirtschaft zu einem menschlichen Gesicht zu verhehlen. Welches Demokratieverständnis setzt Ihr bei den Bossen des Kapitals und der Politik voraus, die in der BRD unter Polizeischutz in gepanzerten Autos zu ihren Büros fahren?

Für Euch gibt es bessere Lösungen als das schnelle Zusammenknäueln der beiden deutschen Staaten mit „Währungsunion, Wirtschaftsunion und Sozialunion“. Kapitalistische, d. h. profitstüchtige Investoren gibt es nicht nur in der Bundesrepublik, sondern auch in Japan, in den USA, in Frankreich und Italien. Ihr braucht Kapital und moderne Technik - sonst nichts. Den Rest schafft Ihr allein. Dazu braucht Ihr Zeit - auch zum Nachdenken und Erkennen dessen, was die hilfsbereiten „Brüder und Schwestern“ wirklich von Euch wollen. Also fordert den Aufschub, das langsame Zusammenwachsen im wirtschaftlichen und sozialen Bereich und die D-Mark dann, wenn sie Euch allen und nicht nur einigen wenigen Spekulanten Vorteile bringt. Es wird mich freuen, von Euch zu hören. ERNST SCHMIDT, BRD, Bad Rappenau, 6927